

## **EINWOHNERRAT THAYNGEN**

### **Protokoll**

Sitzung 2/2018

**des Einwohnerrates vom 17. Mai 2018, 19 Uhr, im Saal Restaurant Gemeindehaus**

**Vorsitz:** Marco Passafaro

---

**Protokoll:** Andreas Wüthrich

### **Präsenz:**

#### **Vom Gemeinderat sind anwesend:**

Philippe Brühlmann, Gemeindepräsident

Andrea Müller

Rainer Stamm

#### **Vom Einwohnerrat sind anwesend:**

Regula Battistino

Doris Brügel

Heinrich Bühler

Kurt Bühler

Walter Bühler

Karin Germann

Manuela Heller

Marco Passafaro

Renato Sala

Kurt Stihl

Nicole Stump

Daniel Wanner

Urs Winzeler

Paul Zuber

**Entschuldigt:** Walter Scheiwiler, Adrian Ehrat, Martin Müller

### **Traktanden**

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung 01/2018 vom 15.03.2018
2. Abnahme der Jahresrechnung 2017
3. Ersatzwahl in den vorbereitenden Ausschuss für Einbürgerungsgesuche
4. Beantwortung der Interpellation "Situation auf dem Zementi Süd Areal"
5. Beantwortung der Interpellation "Pachtlandvergaben der Gemeinde Thayngen"
6. Informationen aus dem Gemeinderat
7. Verschiedenes

**Marco Passafaro** begrüsst alle und freut sich, seiner ersten Sitzung vorsitzen zu dürfen. Die heutige Sitzung ist spannend in einem gewissen Sinn, gerade auch wieder mit dem Alterswohnheim. Mit der Rechnung hatten wir ein gutes Jahr, das die schlechten Nachrichten beim Alterswohnheim mehr als kompensiert hat.

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

## **1. Protokoll der Einwohnerratssitzung 01/2018 vom 15.03.2018**

Gemäss **Doris Brügel** nennt sich die ÖBS neu „Die Grünen“. Dies muss auf S.3 korrigiert werden.

**Paul Zuber** erkundigt sich zur Aussage von **Philippe Brühlmann** auf S. 5, wie der Stand heute ist. Der Einwohnerrat ist alleine zuständig für die Stellenbeschaffung. Er hörte, dass tatsächlich noch niemand gekündigt hat. Er möchte wissen, auf welcher rechtlichen Basis die zusätzlichen Mitarbeiter weiterbeschäftigt werden.

Gemäss **Philippe Brühlmann** wird es momentan ohne rechtliche Grundlagen gemacht. Die Mitarbeiter können einstweilen weiterarbeiten und das Ganze wird in der Stellenplandiskussion abgebildet werden. Es ist ein politischer Entscheid, welche Massnahmen ergriffen werden sollen. Er sagte, dass er nicht Personen kündigen wollte, die gute Arbeit leisten. Es ist richtig, dass der Einwohnerrat alleine für den Stellenplan zuständig ist. In der Diskussion, auch mit den Taxen, kann es wieder angeschaut werden. Der Stellenplan kommt mit einem neuen Layout daher, wo abgebildet wird, was budgetiert ist. Es gibt keine rechtliche Grundlage für die drei zusätzlichen Stellen im Alterswohnheim.

Mit diesen Anmerkungen wird das Protokoll einstimmig genehmigt.

## **2. Abnahme der Jahresrechnung 2017**

Grundlage ist das Überweisungsschreiben des Gemeinderats vom 25. April 2018 samt Beilagen.

Das Wort hat **Rainer Stamm**.

Der Zentralverwalterin Käthi Bosshard wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Das Ergebnis der Jahresrechnung zeigt sich zum zweiten Mal in Folge mit einem Plus. Das Resultat wurde wieder stark vom Erfolg bei Finanzen und Steuern beeinflusst. Die Steuererwartungen wurden beim Steuerertrag der juristischen Personen und den Grundstücksgewinnsteuern deutlich übertroffen. Das Gesamtbudget lag bei den Aufwendungen 0.57 % unter und bei den Erträgen 2.36 % über den Vorgaben. Die durch den Regierungsrat bewilligte Verschiebung der Abschreibungen im Alterswohnheim bis nach der Bauphase entlastete die laufende Rechnung 2017 um rund Fr. 800'000.--. Die Alterswohnheim-Rechnung erreichte ihr budgetiertes Ziel nicht. Positiv sind die Spezialfinanzierungen Wasser und Abwasser. Der Aufwand betrug Fr. 32'331.997.50 und der Ertrag Fr. 32'931'445.52, was einen Ertragsüberschuss von nicht ganz Fr. 600'000.-- ergab. Budgetiert wurde ein Rückschlag.

Auf der Aufwandseite war der Finanzausgleichsanteil an den Kanton um Fr. 34'000.-- tiefer. Bei den Darlehen resultierte ein tieferer Zinsaufwand von Fr. 135'000.--. Bei der Kanalisation erfolgten tiefere Abschreibungen. Bei den Steuern bleibt man unter dem Vorjahr und liegt auf

den Werten 2011-2013. Bei den juristischen Personen haben sich die Erträge im Vergleich zu den Werten 2011-2013 auf tieferem Niveau stabilisiert. Der Aktienanteil ist eingefroren. Es gab eine leichte Dividendenerhöhung. Die Darlehenszinsen sind gegenüber der Rechnung 2016 um Fr. 63'000.-- gesunken. Der Kantonsbeitrag „Ressourcenausgleich unterer Reiat“ wurde letztmals ausbezahlt.

**Rainer Stamm** zeigt nun einen kleinen Zusammenzug der laufenden Rechnung im Vergleich mit der letzten Rechnung und dem Budget.

In der allgemeinen Verwaltung lag man um 1.35 % über dem Budget und leicht unter dem Vorjahr. Bei der öffentlichen Sicherheit gab es um Fr. 19'000.-- höhere Einnahmen, namentlich durch den Feuerwehrpflichtersatz und über Fr. 25'000.-- mehr Kantonsbeiträge. Der Bereich Feuerwehr ist nicht durch eine Spezialfinanzierung abgegrenzt. In der Bildung wurden die Globalbudgetkonten zu 95.2 % ausgeschöpft. Fr. 8'769.-- wurden nicht beansprucht. Geholfen haben die zusätzlich vom Einwohnerrat beantragten und genehmigten Mittel in der Höhe von Fr. 56'000.--. Die Nettoausgaben der Tagesschule bewegten sich im Rahmen des Budgets, d.h. rund Fr. 100'000.-- der Tagesstrukturkosten wurden steuerfinanziert. **Rainer Stamm** zeigt nun noch einen Zusammenzug der Kosten des Globalbudgets.

Bei der Kultur und Freizeit wurden die Budgetvorgaben netto um Fr. 42'000.-- verfehlt. Die hochgesteckten Ziele beim Schwimmbad wurden um rund Fr. 15'000.-- verfehlt. Die Spitex-Rechnung präsentierte einen Ertragsüberschuss von Fr. 58'753.90, fast Fr. 43'000.-- mehr als im Voranschlag vorgesehen. Die Krankenkassen-Prämien an den Kanton blieben rund Fr. 53'000.-- unter dem Budget. Der Schülerhort und Mittagstisch werden zunehmend in Anspruch genommen.

Beim Alterswohnheim blieb die Situation trotz Abschreibungsverzicht angespannt. Der verrechnete Defizitbeitrag von Fr. 980'398.64 lag fast Fr. 742'000.-- über dem Voranschlag und Fr. 88'000.-- über dem Wert von 2016. Die Personalkosten inkl. Sozialleistungen lagen wohl rund Fr. 319'000.-- unter dem Budget, sie konnten aber die tieferen Erträge, minus Fr. 885'000.--, nicht kompensieren. Im Asylwesen ergab sich ein Nettoertrag von Fr. 48'000.--. Dies dank der Erfüllung der Vorgaben des Kantons betreffend Unterbringung von Asylsuchenden in der Gemeinde.

Der gesamte Personalaufwand lag 2017 Fr. 261'686.65 unter dem Budget, gegenüber der Rechnung 2016 beliefen sich die Minderaufwendungen sogar auf Fr. 356'824.88.

Die Rechnung 2017 präsentiert sich erfreulich, was das Ergebnis anbelangt. Es bleibt als Wehrmutstropfen das Alterswohnheim.

**Rainer Stamm** präsentiert nun noch die Ausgaben der Investitionsrechnung im Vergleich zum Budget und den Vorjahreszahlen. Man war nah beim Budget. Im Alterswohnheim wurden allerdings ca. Fr. 1 Mio. mehr verbaut als im Budget vorgesehen.

Bei den Spezialfinanzierungen konnten Fr. 287'031.29 in den Erneuerungsfonds Wasser gelegt werden. Beim Abwasser konnten überraschend auch Fr. 73'951.97 in den Erneuerungsfonds gelegt werden, der nun auf fast Fr. 1.689 Mio. geäuftet wurde. Bei der Kehricht- und Sperrgutbeseitigung lagen die Nettoaufwendungen Fr. 37'500.-- über den Budgeterwartungen.

**Rainer Stamm** zeigt nun die Fondsentwicklung auf Power-Point. Im Jahr 2018 ist eine Entnahme praktisch nur noch beim Schulhaus vorgesehen. Die Badi soll mit den Bankfondsgeldern finanziert werden.

Alsdann zeigt er die Entwicklung und den Stand des Eigenkapitals.

Zum Schluss präsentiert er noch ein paar weitere Kennzahlen wie die Nettoverschuldung pro Kopf. Die Verschuldung steigt stetig und ist pro Kopf hoch. Dies gegenüber der relativen Steuerkraft, die ziemlich stabil ist.

Als Ausblick wird das Jahr 2018 unter dem Einfluss der Sanierung des Alterswohnheims stehen, welches Ende Jahr komplett bezugsbereit sein sollte. Diskussionen über die hohen Baukosten wechseln nun über zu der Höhe der künftigen Heimgeldern. Die Schulraumerweiterung nimmt Fahrt auf.

**Kurt Bühler** spricht im Namen der GPK. Diese stellt auch erfreulich fest, dass ein gutes Resultat herauskommt. Die Rechnung entspricht den gesetzlichen Vorgaben und viele Fragen wurden in der laufenden Prüfung beantwortet. Die ganze Belegprüfung ergab noch nie einen Fehler und es wurde nichts falsch kontiert, was eine sehr gute Leistung der Verwaltung ist. Die Buchführung liegt vorbildlich vor. Schmerzhaft ist die Sache des Alterswohnheims. Es ist der GPK wichtig, dass die ganze Bauphase zu einem guten Ende geführt werden kann. Sie steht in enger Tuchfühlung mit dem Gemeinderat, damit Transparenz geschaffen werden kann. Zentral ist die Zukunft und eine grosse Herausforderung ist die Einführung von HMR2. Dies wird die ganze Rechnungsführung total umstellen. Die Rechnung ist sehr gut geführt und sie sind für An- und Abnahme der Rechnung.

### **Eintreten**

**Karin Germann** spricht im Namen der SVP/EDU-Fraktion. Die Rechnung schliesst dank erfreulicher höherer Steuereinnahmen erfreulicher ab als erwartet. Dies bei den juristischen Personen und Grundstücksgewinnsteuern. Die hohen Investitionen lassen die Nettolast bei den Einwohnern in die Höhe schnellen. Abschreibungen werden uns in Zukunft noch Sorgen bereiten. Zum Glück sind die Zinsen tief. Die Gesamtausgaben liegen etwas tiefer als im Vorjahr, die Budgettreue ist also gut. Lobenswert erwähnt sie auch die Spitex, die sogar einen kleinen Gewinn erzielen konnte. Ganz anders sieht es beim Alterswohnheim aus. Die Beiträge aus Taxen sind eingebrochen und die Einsparungen beim Personal konnten die Ertragsausfälle nicht auffangen. Es würde noch schlimmer aussehen, wenn nicht noch Kantonsbeiträge und Beiträge anderer Gemeinden eingegangen wären. Es ist nun wichtig, neue Taxen einzuführen, damit die Ein- und Ausgaben ins Lot gebracht werden können. Sie sind für Eintreten und Abnahme der Rechnung.

**Paul Zuber** spricht im Namen der SP-Fraktion. Diese stellte fest, dass die Rechnung 2017 unerwartet positiv abgeschlossen hat. Dies ist erfreulich für sie als Politiker, aber auch für die Steuerzahler. Bei den juristischen Personen gingen wesentlich mehr Einnahmen ein, was angesichts früherer Jahre nicht unbedingt erwartet werden konnte. Überschreitungen sind meist nachvollziehbar. Vielleicht ist der Leerwohnungsbestand, der auch heute noch 80 Einheiten

erfasst, eine Verführung, dass mehr Ertrag bei den natürlichen Personen kommt. Es besteht die Hoffnung, dass dies noch eintrifft. Die relative Steuerkraft ist nur leicht unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Es soll weiterhin wie bisher gewirtschaftet werden, gerade auf der Aufwandseite. Eine Steuersenkung kann nicht ins Auge gefasst werden, da hohe Investitionen anstehen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung 2017.

**Doris Brügel** spricht im Namen der Grünen/GLP-Fraktion. Diese freut sich über den positiven Rechnungsabschluss 2017. Sie sind erstaunt, wie der Überschuss zustande kommt, zumal die Steuereinnahmen der juristischen und natürlichen Personen gesunken sind. Die Erträge der Quellensteuer und Grundstücksgewinnsteuer haben das Resultat verbessert. In dieser Rechnung wurde auch letztmals der Kantonsbeitrag unterer Reiat zugesprochen. Bei der Bildung ist darauf hinzuweisen, wie diszipliniert die Schule das Globalbudget einhält. Es war aber ein Ausnahmejahr ohne Schulleitungen. Das Resultat ist zwar für das Jahr 2017 sehr positiv ausgefallen, aber erscheint nicht sehr solid. Es besteht eine starke Abhängigkeit von den juristischen Personen, deren Steuereinnahmen schwanken können. Solider ist eine Abhängigkeit von den Steuereinnahmen der natürlichen Personen, daher sollte daran gearbeitet werden. Sie sind für Eintreten und Abnahme der Rechnung.

**Kurt Bühler** spricht im Namen der FDP-Fraktion. Das Resultat ist erfreulich. Trotzdem ist es ein Fakt, dass es für die Gemeinde Thayngen fast nicht möglich ist, ein Budget aufzustellen, das mit der Jahresrechnung korrespondiert. Dies liegt darin begründet, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen nicht vorhergesehen werden können. Beim Budget wird um Fr. 1'000.-- gefeilscht und dann resultiert dann doch in der Rechnung ein Überschuss von Fr. 600'000.--. Der Bereich IT ist ein Fass ohne Boden, wo andere Lösungen gesucht werden sollen. Weitere Ausgaben wie Schulhauserweiterung und Schwimmbad sind geplant. Es sollte aber auch geschaut werden, wo neue Einnahmen generiert werden können. Das rote Gewerbehäus steht z.B. fast leer. Im Leitbild wird ein Wirtschafts- und Standortmarketing gefordert. Auch ein gutes Produkt lässt sich nicht ohne guten Verkäufer verkaufen. Sie sind auch für Eintreten.

### **Abstimmung**

Es wird einstimmig Eintreten beschlossen.

Die Rechnung wird nun seitenweise durchgegangen.

#### Konto 024.301.00 „Besoldungen“

**Karin Germann** wünscht nähere Angaben über die Aufsplittung der Mehrkosten. Sie möchte auch wissen, wie der Gemeinderat mit individuellen Lohnerhöhungen umgeht.

Gemäss Käthi Bosshard sind es im Wesentlichen drei Beträge, wovon Fr. 46'300.-- Mehraufwand für das Personal, Fr. 3'000.-- Lohnerhöhungen und Fr. 20'600.-- für eingestellte Sozialhilfebezüger. Die Lohnerhöhungen werden gemäss **Rainer Stamm** einmal pro Jahr durchgeführt. Diese müssen individuell von den entsprechenden Referenten bewilligt werden, was vor dem Budget geschieht.

#### Konto 210.310.00 „Lehrmittel, Material“

Gemäss **Karin Germann** weicht die Position gegenüber dem Vorjahr um Fr. 18'000.-- und gegenüber dem Voranschlag um 12'000.-- ab. Weshalb?

Gemäss **Andrea Müller** gibt es im nächsten Jahr die Einführung des Lehrplans 21, weshalb bereits jetzt neue Lehrmittel angeschafft werden. Es konnte daher nicht genau beziffert werden, was jetzt und was im nächsten Jahr anfällt. Auch im nächsten Jahr wird es jedoch noch in diesem Rahmen sein.

Gemäss **Rainer Stamm** ist man tolerant, wenn die Gesamtsumme nicht überschritten ist.

#### Konto 801.314.00 „Unterhalt Güter (Grundstücke, Wege)“

**Karin Germann** fällt auf, dass Fr. 50'000.-- budgetiert sind und nur Fr. 600.-- ausgegeben wurden.

Nach der Auskunft von **Rainer Stamm** kamen die Rechnungen für PWI-Massnahmen erst im März, ca. Fr. 25'000.-- bis Fr. 30'000.--, welche ins Jahr 2017 gehört hätten.

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, gemäss Art. 19 der Ortsverfassung, die Jahresrechnung 2017 der Einwohnergemeinde Thayngen in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

### **3. Ersatzwahl in den vorbereitenden Ausschuss für Einbürgerungsgesuche**

Grundlage ist das Überweisungsschreiben des Gemeinderats vom 25. April 2018 samt Beilagen.

Es wird ein Ersatz für Maria Härvelid gesucht. Diese schlug **Doris Brügel** als ihre Nachfolgerin vor.

#### **Abstimmung**

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat die Wahl von **Doris Brügel**, geb. 12.01.1960, von Stein am Rhein SH, Rebbergstrasse 11, 8242 Bibern.

Dieser Antrag wird mit 14 Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

#### 4. Beantwortung der Interpellation "Situation auf dem Zementi Süd Areal"

Das Wort hat **Philippe Brühlmann**.

„Am 14. Dezember 2017 reichte Manuela Heller, EDU, die Interpellation „Situation auf dem Zementi Süd Areal“ ein.

Der Gemeinderat bedankt sich für das Interesse am entsprechenden Thema und nimmt sehr gerne Stellung zu den Fragen. Basierend auf den gestellten Fragen können bei einigen Antworten nur generelle Bemerkungen abgegeben werden, da aus datenschutzrechtlichen Gründen detailliertere Informationen nicht erlaubt wären. Ebenso wird auf eine chronologische Rekapitulation des Themas verzichtet, da dies den Rahmen sprengen würde.

1. Trug die Firma Rail-Kontor AG in den Jahren 2016 und 2017 wesentlich zum Steuersubstrat der Gemeinde Thayngen bei? Dies unter dem Aspekt, dass die Firma im Kanton Appenzell Innerhoden steuerdomiziliert ist.

Die Nachfrage nach entsprechendem Steuersubstrat ist effektiv, wie schon in der Frage angemerkt, eine Frage der Steuerdomizilierung. Die Firma Rail Kontor AG hat aber, da es sich um eine AG handelt, eine Steuerverpflichtung gegenüber der Gemeinde Thayngen.

2. Wie hoch ist der Nutzen der Firma SwissImmoRec AG für unsere Gemeinde und wie beeinflusst sie den Finanzplan?

Die Firma SwissImmoRec AG beeinflusst den Finanzplan nicht, da keine direkten Zusammenhänge bestehen. Ein Nutzen im Sinne eines „Leuchtturmeffektes“ kann weder finanziell noch ideell festgestellt werden, da die Gesellschaft sich im Immobiliengeschäft betätigt. Firmensitz ist Thayngen.

3. In welchem Verhältnis stehen steuerlicher und volkswirtschaftlicher Nutzen, gegenüber dem Aufwand für die Gemeinde, welchen die Firma verursacht (Strassen- und Umweltbelastung, Verkehrsmassnahmen, Kontrollaufwand, Lärm, etc.)?

Das Verhältnis Nutzen gegenüber Aufwand wäre, das muss man fairerweise erwähnen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, da die Aufwände grundsätzlich nicht von den Firmen Rail Kontor AG und SwissImmo Rec AG induziert wurden. Die Firmen resp. die entsprechenden Geschäftsvorhaben waren höchsten der Auslöser. Kosten entstanden durch andere Institutionen, die an der Diskussion partizipierten und entsprechend politisch tätig wurden.

Mittlerweile ist nach heutigem Stand jedoch auch festzustellen, dass die Unternehmen nicht unbedingt dazu beitragen, Sympathien zu gewinnen, wie beispielsweise die Handhabung des Parkierverbotes an der Kesslerlochstrasse aufzeigt. Bedauerlicherweise werden keine Anstrengungen unternommen, die LKWs, besonders über die Wochenenden, ins Firmenareal aufzunehmen und den Chauffeuren die entsprechenden sanitären Anlagen zur Verfügung zu stellen, was weiterhin zur Erledigung diverser Geschäfte in umliegenden Parzellen führt.

Selbstverständlich fehlt die entsprechende wilde Deponie von Abfällen dabei auch nicht und bei diesem Vorgehen ist das Risiko einer Eskalation mit dem Polizeireferat vorhanden. Diese Aufwände gehen zu Lasten der Steuerzahler.

4. Wie viele Mitarbeitende beschäftigt die Firma? Wieviele sind in der Gemeinde wohnhaft, wieviele sind Grenzgänger?

Diese Frage kann aufgrund fehlender Einsichtnahme in den Geschäftsbericht nicht beantwortet werden. Auf interne Abklärungen abgestützt, die jedoch ohne Gewähr sind, lässt sich auf eine auswärtige Arbeitnehmerschaft schliessen.

5. Welche konkreten Massnahmen werden vonseiten der Landbesitzerin SwissImmoRec AG zur Verkehrssicherheit der angrenzenden Wohngebiete getroffen?

Die Bemühungen des Tiefbaureferenten, mit den Betreibern den reinen Deklarationsverkehr zu verringern, war ein guter Ansatz, wobei immer noch einiges an Verkehr in das Areal fährt. Man muss jedoch auch miteinbeziehen, dass die Kesslerlochstrasse von je her ein Zubringer in das Areal war. Ebenso sind die Bahngeleise eigentlich nichts Neues und werden genutzt. Dies vermehrt zu Randzeiten, wo die Gleiskapazitäten durch die Bahn vorgegeben sind, was wiederum zu Lärmreklamationen aus der Bevölkerung führt. Somit stehen verschiedene Interessen gegenüber: Die Bevölkerung hat sich seit der Betriebsstilllegung der Zementwerke an die ruhigere Situation gewöhnt. Die Zubringerstrasse steht mit dem vermehrten Unfallrisiko im Fokus, der Gleislärm wird ebenso kritisch betrachtet. Die Besitzer und Investoren des Areals haben eine Industriezone gekauft, wobei dies die am meisten nutzbare Zone bedeutet. Aber auch da ist Fakt, dass dieses Areal klar unter der Quartierplanpflicht erworben wurde, was wiederum bedeutet, dass den Besitzern das Risiko bewusst sein musste, dass mittels Quartierplan Einschränkungen folgen können.

Zurück zur Frage: Die SwissImmoRec AG hat nichts unternommen; diese Aufgabe obliegt dem Gemeinderat.

6. Werden mit dem Baugesuchsverfahren Auflagen zur Lastwagenproblematik und zum Lärmschutz gemacht?

Diese Frage kann noch nicht beantwortet werden, da dies eher komplexerer Natur ist. Das Baugesuch kann erst bearbeitet werden, wenn der Quartierplan besteht. Auf die erwähnten Fragen wird mit dem Umweltverträglichkeitsbericht und dem Quartierplan eingegangen und es werden ggf. Auflagen gemacht. Da jedoch, als wichtiger Partner und Besitzer des Kesslerlochs, der Kanton seinen Input geben muss, kann darüber resp. über dessen Vorstellungen noch keine Aussage gemacht werden.

Was derzeit abläuft, ist alles altrechtlich gemäss bisheriger Industriezone.

7. Wird die direkte Zufahrt zum Zubringer J 15 geprüft bzw. verlangt?

Auch dies wird in grossem Masse von vorgesehenen Auflagen des Kantons abhängen, doch ist von dieser Stelle eine gewisse Erwartungshaltung bezüglich Zukunft und Aufwertung des Kesslerlochs vorhanden. Ebenso ist das weitere Vorgehen bezüglich Übergabe der J 15 an den



Bund ein Thema, sprich die kreuzende Ausfahrt in den Unteren Reiat wird gezwungenermassen ein zu diskutierendes Thema werden.

Der Gemeinderat bedankt sich bei den Interpellanten und hofft, diese mit den vorliegenden Antworten bis auf weiteres zufriedenstellend bedient zu haben.“

**Manuela Heller** erkundigt sich, weshalb der Quartierplan zurückgewiesen wurde und was der Kanton zum Kesslerloch sagt.

Gemäss **Philippe Brühlmann** stand in der Vorprüfungsantwort, dass sicher das Kesslerloch einer der Gründe dafür war. Es werden dort noch Funde erwartet und es handelt sich um ein wertvolles Gebiet. Das Problem war aber, dass Thayngen keine Inputs bekam, was der Kanton als Besitzer des Kesslerlochs damit machen will. Thayngen hätte somit kreativ werden müssen, was man mit dem Kesslerloch machen kann und man suchte das Gespräch mit dem Regierungsrat, damit dieser die Ideen des Kantons vorstellt, so dass diese in den Quartierplan einfliessen können. Dies, damit die weitere Vorprüfung positiv ausfällt. Der Kanton stellt sich auf den klaren Standpunkt, dass das Kesslerloch als nationales Denkmal den Schutz verdient.

Gemäss **Manuela Heller** ist diese sicher positiv für die Anwohner.

## **5. Beantwortung der Interpellation "Pachtlandvergaben der Gemeinde Thayngen"**

Das Wort hat **Philippe Brühlmann**.

„Am 14. Dezember 2017 reichte **Walter Bühler**, SVP, die Interpellation „Pachtlandvergaben der Gemeinde Thayngen“ ein.

Der Gemeinderat hat Kenntnis von der vorliegenden Interpellation der SVP-Fraktion genommen und ist gerne bereit, die Fragen zu beantworten.

Vorgängig erlaubt sich der Gemeinderat, einige generelle Anmerkungen zum Pachtreglement anzubringen. Das Reglement wurde 2004 nach der Fusion der Gemeinden Thayngen und Barzheim überarbeitet. Dabei wurden eine Kommission unter Einbezug des kantonalen Landwirtschaftsamtes gebildet und folgende Ziele verfolgt:

- Angleichung der Reglemente der eigenständigen Gemeinden Thayngen und Barzheim
- Pachtland soll bei Erreichung des AHV-Alters eines Pächters frei werden
- Keine Ausschreibungen auf Ablauf der üblichen Pachtdauer von 6 Jahren
- Sicherung der bestehenden Landwirtschaftsbetriebe, insbesondere bei Betriebsübergaben

Das Reglement wurde vom Einwohnerrat einstimmig genehmigt und per 01.04.2004 in Kraft gesetzt.

Anlässlich der letzten Ausschreibung von Pachtland sowie der Vergabe wurde ein Rekurs eingereicht, welcher vom Regierungsrat abgelehnt wurde. Es ist nicht von der Hand zu weisen, und dies bestätigt auch das sehr umfangreiche Vorhandensein der bunderechtlichen Gesetzgebung in diesem Bereich, dass das Thema eine gewisse Emotionalität an den Tag legt. Es

ist jedoch auch eine Tatsache, dass der Gemeinderat pragmatisch und klar nach Reglement handelt, was natürlich, je nach Standpunkt und Betroffenheit, ggf. als ungerecht empfunden wird; die Realität zeigt, dass dies nicht zu vermeiden ist.

Im Anhang dieser Beantwortung findet sich zur Erläuterung eine anonymisierte Liste der verpachteten Ländereien sowie die Entscheidungsmatrix, die der Gemeinderat bei komplexeren Vergaben nutzt.

Der zuständige Referent beantwortet wunschgemäss folgende Fragen:

1. Wurden in den letzten Jahren die Vorgaben des Reglements über die Verpachtung der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Grundstücke lückenlos eingehalten?

Falls nicht:

- Wo und aus welchen Gründen wurde vom Reglement abgewichen?
- Was gedenkt der Gemeinderat dagegen zu tun?

Davon ist auszugehen; die Vergaben wurden nach dem gültigen Reglement über die Verpachtung gemeindeeigener Grundstücke, welches am 1. April 2004 vom Einwohnerrat erlassen wurde, getätigt. Ebenso wurden die Vergaben grundsätzlich nach einer bestehenden Matrix, welche einerseits das Reglement berücksichtigt und andererseits weitere Punkte beinhaltet, beurteilt. Beispielsweise wird, wenn nötig, bei gleichstehenden Interessenten die Ökologie oder die Distanz mitbeurteilt. Erwähnenswert scheint an dieser Stelle die lobenswerte Solidarität unter den meisten Landwirten, die offensichtlich die mittlerweile nicht mehr bestehenden Gemeindegrenzen immer noch respektieren und von Bewerbungen auf gemeindeeigenes Pachtland in anderen Ortsteilen der Fairness halber absehen.

2. Gemäss §7 des Reglements über die Verpachtung der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Grundstücke müssen von einem Pachtinteressenten und seinem Ehepartner mind. 35% des Einkommens aus landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit stammen.

- Wie kontrolliert der Gemeinderat diese Richtlinie?  
Die Antwort auf diese Frage dürfte aus datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten eher heikel sein. Jedoch besteht aufgrund des Reglements eine gewisse Absolution, für eine korrekte Vergabe die Akten der Steuerverwaltung zu konsultieren, was diesem Anspruch auf Abklärung des Einkommensanteiles genüge tut.
- Besteht eine Liste?  
Nein, die Abklärungen werden gezielt auf die entsprechende Vergabe getätigt, wobei diese folglich auch dem aktuellen Stand entsprechen.
- Wurde dieses Kriterium vom Gemeinderat immer angewendet? Wenn nein, warum nicht?  
Dieses Kriterium ist ein entsprechend gewichteter Artikel und lässt keinen Spielraum, somit wird dieser so angewendet. Bei einer Betriebsübergabe (§15) kann jedoch erst vor Ablauf der ersten Pachtperiode eine Prüfung erfolgen.

3. Gemäss §8 des Reglements über die Verpachtung der gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Grundstücke darf ein Pachtinteressent vor der Neuzuteilung von Pachtland nicht über mehr gemeindeeigenes Pachtland verfügen als der Durchschnitt aller Pächter von Landwirtschaftsland der Gemeinde Thayngen.

- Wie kontrolliert der Gemeinderat diese Richtlinien?

Im Anhang befindet sich eine anonymisierte Liste aller verpachteten Parzellen, wobei sich anhand dieser Liste der Durchschnitt ausweisen lässt.

- Besteht eine Liste?  
Ja, siehe Anhang.
- Wie hoch ist der Durchschnittswert?  
292.43 a über den gesamten Gemeindebann.
- Wurde dieses Kriterium vom Gemeinderat immer angewendet? Wenn nein, warum nicht?  
Im Grundsatz ja, jedoch wurde nach der Fusion der Gemeinden Barzheim und Thayngen eine gewisse „Schonfrist“ für die Barzheimer Landwirte vereinbart, was zu einem bis heute noch bestehenden, leicht höheren Durchschnitt bei diesen im Vergleich zu den restlichen sorgte. Es gibt jedoch auch eine Vielzahl von Fällen, bei welchen sich ein Landwirt, der über dem Durchschnitt liegt, als einziger auf eine Parzelle beworben hatte, worauf dieser den Zuschlag erhielt und so noch weiter über dem Durchschnitt zu liegen kam. Solche Verhältnisse sind auch teilweise historisch gewachsen. Vor einigen Jahrzehnten war das Pachtland noch eher unbeliebt, was heute vollends umgekehrt ist.

4. Wie geht der Gemeinderat im Falle einer Betriebsübergabe mit dem gemeindeeigenen Pachtland in Bezug auf die Paragraphen 15 und 8 des besagten Reglements um?

Der Gemeinderat wendet diese sowie die anderen Paragraphen entsprechend an. Beachtenswert dabei sind die Grundsätze aus Artikel 2, wonach die Interessenten die in den §§ 3 – 6 genannten Vorgaben zu erfüllen haben. Bei einer Betriebsübergabe gemäss § 15 liegt ein Interessent vor. Der Gemeinderat hat jedoch bei den letzten Fällen alle Kriterien des Reglements, d.h. auch die §§ 7 – 10, berücksichtigt. Somit gehen in der Regel die bestehenden Pachtverträge in die Hand der Nachfolge über, was, bezogen auf die Frage, wiederum auch eine neue Fläche über dem Durchschnittswert ergeben kann.

5. Der §16 des Reglements legt eindeutig Bestimmungen über Ortsansässigkeit und Alter des Pächters fest.

- Wurde in der Vergangenheit dieser Paragraph angewendet und fristgerecht Kündigungen ausgesprochen?  
Dieser Paragraph wurde angewendet und muss auch in Zukunft entsprechend konsequent gehandhabt werden. Jedoch muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass in einem bekannten Fall diese Kündigung bezüglich des Alters nicht ausgesprochen wurde, was auch zu entsprechenden Diskussionen und etwas Unruhe führte. Der Gemeinderat hat diesen Fall jedoch anschliessend nach den Reglementsbestimmungen abgewickelt.
- Wenn nein, warum nicht?  
Die Frage nach den Gründen lässt sich bedauerlicherweise nicht genau eruieren; wichtig scheint, dass es nicht mehr vorkommen darf.

6. Wie kam es dazu, dass einige Landwirte mehr Gemeindepachtland bewirtschaften als der Durchschnitt?

Dazu wird auf den letzten Abschnitt der Frage 3 hingewiesen. Einerseits sind historische Gegebenheiten ausschlaggebend, andererseits wurde bisher auf Kündigungen per Ende der Pachtdauer verzichtet. Wie eingangs erwähnt, war dies die Absicht von Gemeinderat und Parlament beim aktuellen Reglement 2004 und wurde unter §1 „Die neu zur Verpachtung

gelangenden Grundstücke...“ festgehalten. Eine Bestimmung, dass die Verträge auf Ende jeder Pachtperiode gekündigt werden, liegt nicht vor. Zudem, wie schon angedeutet, kommt es vor, dass Einzelinteressenten, die über dem Durchschnitt lagen, aufgrund der einzigen Bewerbung berücksichtigt wurden.“

Nach der Antwort von **Walter Bühler** wusste man damals, als er sich erkundigte, nichts von den Einkommensprozenten. Es liefen nach seiner Meinung diverse Sachen falsch, die nun mit einem guten Schreiben schön geredet werden können. Sie werden in Zukunft gut darauf schauen.

## 6. Informationen aus dem Gemeinderat

**Andrea Müller** informiert über die Schulraumplanung. Der Terminplan für die Aufstockung Recken steht. Nach der Projektprüfung durch die Baukommission soll am 22. Juni 2018 die Ausschreibung des Gesuchs im Amtsblatt erfolgen. Die Bewerber werden dann in verschiedenen Phasen geprüft und im Dezember 2018/Januar 2019 sollte der Juryentscheid, die Verabschiedung durch den Gemeinderat und den Einwohnerrat erfolgen. Am 19. Mai 2019 soll dann die Volksabstimmung stattfinden.

Sie zeigt noch Pläne des Baus auf Power-Point.

Die Schüler von der Oberstufe dürfen die Farbgestaltung mitbestimmen.

Des Weiteren informiert **Andrea Müller** über die Sozialhilfekosten 2017, wo Thayngen zwei Plätze nach hinten gerückt ist. Die Kosten liegen etwas über Fr. 100.-- pro Kopf, was für diese Gemeindegrösse eine gute Zahl ist. Im ganzen Kanton steigen die Kosten pro Fall, gerade bei teuren Platzierungen.

**Paul Zuber** verfasste einen Beitrag über schulergänzende Tagesbetreuung und sie freute sich zunächst. Im mittleren Abschnitt war sie aber etwas erstaunt, dass fest gehalten wurde, dass in den letzten Jahren ein Stillstand eingetreten ist. Dies, zumal die SP bis im Jahr 2016 dieses Referat hatte. Die Abstimmung 7:7 fand erst vor kurzem statt und es braucht Zeit, um solche Angebote zu planen. Sie zeigt auf Power-Point, dass der Hort an vier Mittagen 106 Mittagessen kocht, was eine gewaltige Leistung ist. Die Tagesschule macht etwas mehr als die Hälfte der Essen.

Es muss zufolge Pensionierung eine neue Hortleiterin mit einer entsprechenden Fachausbildung gefunden werden, damit die Vorgaben der Pflegekinderaufsicht erfüllt werden können. Gestützt darauf muss auch eine Betreuungsmix bestehen.

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Tagesschule auf das Schuljahr 2019/2020 nach Thayngen kommt. Der neue Standort der Tagesbetreuung wird in der alten Kanzlei sein. Im Reiatschulhaus bleibt der Mittagstisch bestehen. Der Umzug ist eine Chance für die Bedarfsermittlung. Es wird jedoch keine Kündigungen geben. Die Eltern der Tagesschule wurden bereits heute schriftlich über diese Änderungen informiert, damit sie schon jetzt planen können, was sie im Jahr 2019/2020 machen wollen. Das Reiatschulhaus wird nicht geschlossen werden, da es noch genug grosse Klassen dort hat.

**Andrea Müller** ist stolz, dass Thayngen eine so gute Schule hat. Das Ziel ist, die schulergänzende Tagesbetreuung auf diesem Niveau anzupassen. Sie ist gespannt auf die angekündigte Interpellation. Sie werden eine Arbeitsgruppe in das Leben rufen, welche sich mit Detailfragen auseinandersetzen will. Dann wird sie wieder informieren.

Gemäss **Rainer Stamm** stand im letzten Thayngen Anzeiger ein Artikel zum Thema Friedwald. Die Information war gut gemacht. Er hat vom Gemeinderat grünes Licht erhalten, dies zu fördern. Die nötigen Massnahmen sollen jedoch erst nach der Zustimmung des Einwohnerrats erfolgen.

**Philippe Brühlmann** dankt allen Fraktionen, welche sich zu den Taxen vernehmen liessen. Die Kommission konnte daher diese Woche eine Auslegeordnung machen. Als Vorbild soll Neuhausen genommen werden.

Ein Klausurthema waren die Diskussionen um das Alterswohnheim. Interessierte Einwohnerräte können darin Einsicht nehmen.

Die Einwohnerzahl ist leicht gesunken.

Beim Friedhofgebäude gibt es ein Problem mit dem Dach, welches nicht mehr dicht ist. Es muss daher notfallmässig repariert werden und an der nächsten Sitzung wird eine Kreditvorlage an den Einwohnerrat erfolgen.

## 7. Verschiedenes

**Marco Passafaro** weist auf einer Interpellation der SP betreffend schulergänzende Tagesstrukturen hin.

**Manuela Heller** ist aufgefallen, dass im Wald um das Kesslerloch sehr viel Abfall von der Strasse rein geworfen wurde.

Gemäss **Philippe Brühlmann** wurde eine wilde Deponie geschlossen, worauf offenbar andere Wege gesucht wurden. Bei der alten Herblingerstrasse dürfte es sich um Einzelpersonen handeln, die schwer zu erwischen sind.

**Urs Winzeler** fragt sich bezüglich Friedwald, ob der Standort richtig ist, 10m neben einer Grillstelle.

Gemäss **Rainer Stamm** werden die Personen dort wohl nicht einmal merken, dass es ein Friedwald ist. Es werden sehr naturnahe Bestattungen mit sehr kleinen Hinweisschildern sein. Auf die Schutzzone und die Grillstelle wird Rücksicht genommen. Sie gehen auch nicht davon aus, dass die Nachfrage sehr gross ist. Es werden wohl auch eher Personen mit wenigen Angehörigen sein. Aber es wird ja noch in den Einwohnerrat gebracht.

Gemäss **Urs Winzeler** ist die Asche ein besonders sensibler Wert. Es geht ihm darum, wie sich die Personen fühlen werden, wann die Asche von verstorbenen Personen in der Nähe verstreut ist

**Kurt Stihl** stört sich, dass zwei Gemeinderäte an der Sitzung fehlen, nachdem die Termine schon lange bestehen.

**Daniel Wanner** erkundigt sich, wie viele Zebrastreifen in Thayngen an welchen Orten verschwinden.

Gemäss **Philippe Brühlmann** muss man **Walter Scheiwiler** fragen.

Gemäss **Rainer Stamm** kann es sein, dass man bei einer Sanierung einer Strasse keinen mehr aufmalt.

**Kurt Bühler** unterstützt das Votum von **Urs Winzeler**. Bei der Grillstelle verrichten auch viele Personen ihr Geschäft, was auch Komplikationen geben kann.

Gemäss **Rainer Stamm** werden angesichts der grossen Fläche sicher Lösungen gefunden werden.

**Renato Sala** erkundigt sich nach dem Schulhausabwart des Recken.

Gemäss **Philippe Brühlmann** ist er gesundheitlich auf gutem Weg.

**Paul Zuber** fragt **Philippe Brühlmann**, weshalb er im Kantonsrat gegen Entlastungsstunden gestimmt hat.

**Philippe Brühlmann** war dieser Meinung und es hat nichts mit der Schule Thayngen zu tun. Es ist sein Recht, dass er dort als Volksvertreter seine Meinung vertreten kann. Es sollen auch keine Kantonsratsdiskussionen im Einwohnerrat geführt werden. Wenn es um die Gemeinden und insbesondere um die Gemeinde Thayngen geht, ist er immer auf der richtigen Seite gestanden, z.B. beim erfolgreich überwiesenen Postulat zum Zollamt Thayngen.

**Paul Zuber** hätte als Zweites das Positive noch erwähnt.

Schluss der Sitzung: 21:12

Der Aktuar:

